



SCHWEIZERISCHE GREINA-STIFTUNG/SGS/zur Erhaltung der alpinen Fließgewässer  
FUNDAZIUN SVIZRA DALLA GREINA/FSG/per la protezzion dils flums alpins  
FONDATION SUISSE DE LA GREINA/FSG/pour la protection des fleuves alpins  
FONDAZIONE SVIZZERA DELLA GREINA/FSG/per la protezione dei corsi d'acqua alpini

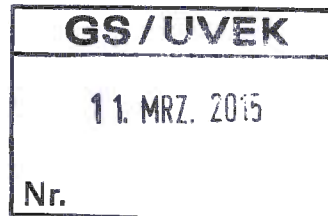
SGS

Sonneggstrasse 29  
CH-8006 Zürich

PC 70-900-9

Telefon (+41) 44-252 52 09  
Telefax (+41) 44-252 52 19

sgs@greina-stiftung.ch  
www.greina-stiftung.ch



Frau Bundesrätin  
Doris Leuthard  
Bundesamt für Energie  
Sektion NE  
3003 Bern

Zürich, 10. März 2015

## Vernehmlassungsantwort der SGS zur Strategie Stromnetze

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard

Im Namen der Schweiz. Greina-Stiftung bedanken wir uns für die Einladung zur Vernehmlassung und möchten dazu wie folgt Stellung nehmen:

### 1. Einleitung: Beschleunigtes Verfahren für Verkabelung

Grundsätzlich anerkennt die SGS die Notwendigkeit für einen raschen Ausbau der Stromnetze um die Anforderungen der Energiewende zu meistern. Dementsprechend erachten wir es als sinnvoll, das Verfahren zur Erstellung von Stromleitungen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Die Art und Weise, wie dies gelingen soll, erscheint uns technologisch überholt und deshalb nicht immer zielführend. Dringend notwendig ist u.E. ein Ausbau der **verkabelten Mittel- und Niederspannungsebenen 3 und 5**. Für **alle Verkabelungsvarianten** soll ausschliesslich das **beschleunigte Verfahren** gelten. Die SGS lehnt aber ein beschleunigtes Verfahren für alle *neuen* Hochspannungsleitungen ab, weil sie weder notwendig noch ökonomisch verantwortbar sind, wie der Entscheid des Bundesgerichts (BGE 137 II 266) klar zeigt. Zu Lasten der Umwelt, insbesondere in BLN-Inventarobjekte, dürfen höchstens Verkabelungslösungen in Frage kommen, soweit es keine andere Lösung gibt. Wir erwarten vom UVEK und seinen Fachämtern (BFE und BAFU) diesbezüglich ausgeklügelte Lösungsvorschläge, die nicht auf überholten Technologien beruhen. Sie müssen die Voraussetzungen der Energiewende berücksichtigen und dürfen nicht grundlos die Interessen des Infrastrukturausbaus über diejenigen unserer natürlichen Lebensgrundlage stellen. Das gewählte Vorgehen widerspricht der verfassungsmässig verankerten Idee der Nachhaltigkeit (BV Art. 73). Das BLN-Inventar bezweckt, die letzten besonderen Naturräume und Objekte zu schützen, nachdem an der Natur in der Schweiz Jahrzehnte lang Raubbau betrieben wurde. Wir lehnen es deshalb ab, den Schutzstatus der BLN-Inventare für Hochspannungsmasten zu schwächen, weil es weder technisch noch ökonomisch notwendig ist, wenn das beschleunigte Verfahren bei allen verkabelungsvarianten umgesetzt wird. Im Folgenden nehmen wir zu einzelnen Gesetzesänderungsvorschlägen Stellung.

## II. Zum Elektrizitätsgesetz

### 1. Art. 15c Erdkabel vs. Freileitung

- a) Gemäss Vorlage zur Änderung des Elektrizitätsgesetzes heisst es unter Art. 15c Abs. 1 EnG:

*„Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung einen bestimmten Faktor (Mehrkostenfaktor) nicht übersteigen.“*

Diese Formulierung ist unpräzise und beruht auf veralteten Grundlagen und Vorstellungen, da es im **erläuternden Bericht zur Strategie Stromnetze** (Vernehmlassungsvorlage) auf S. 19 und 20 dazu heisst: *„50-Hz-Stromnetze auf neuen Trassen und bei Ausbauten auch auf bestehenden Trassen der Netzebene 3 und den Netzebenen 5 und 7 sind sofern technisch möglich grundsätzlich als Erdkabel auszuführen, wenn die **Gesamtkosten für Errichtung und Betrieb** des Erdkabels die Gesamtkosten einer technisch gleichwertigen Freileitungsvariante nicht um einen bestimmten Faktor überschreiten.“*

- b) Das Bundesgericht hält dazu in seinem Entscheid (BGE 137 II 266 S. 281) fest, dass bei der Frage Freileitung oder Verkabelung die Stromverluste in der Betriebsphase einen zentralen Streitpunkt bilden: *„Während die Investitionskostenfaktoren zwischen 5,69 (für die Tunnellösung) und 6,82 (für die direkte Erdverlegung im Rohrblock) liegen, schwankten die **Gesamtkostenfaktoren** (je nach Szenario) zwischen **0,68 und 1,63 für die Tunnellösung** und zwischen **0,66 und 1,83 für die direkte Erdverlegung**. Dies bedeute, dass beim pessimistischsten Szenario der Verlustkostenentwicklung die **Kabellösungen** der Freileitung **wirtschaftlich spürbar überlegen** seien.“<sup>1</sup>*
- c) Aus der gewählten Formulierung für Art 15 c Abs. 1 EnG geht aber nicht hervor, dass der Betrieb ebenfalls berücksichtigt werden muss, entgegen den Ausführungen im **erläuternden Bericht** und der **bundesgerichtlichen Praxis** (BGE 137 II 261, S. 281).
- d) **Antrag 1: Abänderung des Art. 15c Abs. 1 EnG.** Der erwähnte Artikel muss diese ökonomischen Kriterien berücksichtigen und folgendermassen ergänzt werden:
- „Eine Leitung des Verteilnetzes, die neu erstellt, ersetzt, erneuert oder ausgebaut wird, ist als Erdkabel auszuführen, sofern dies technisch möglich ist und die durch die Erdverkabelung entstehenden Kosten **beim Bau und in der Betriebsphase** im Vergleich zur Erstellung einer neuen beziehungsweise Veränderung einer bestehenden Freileitung **grundsätzlich** einen **um Faktor 2 an Mehrkosten** nicht übersteigen.“*
- e) Je nach Szenario hält der erwähnte Bundesgerichtsentscheid sogar fest, dass eine Erdverkabelung günstiger sein kann als eine Freileitung: *„Die **geringeren Stromverlustkosten** des Kabels haben zur Folge, dass die **Gesamtkosten** der Verkabelung (Variante direkte Erdverlegung) nur noch **0,66 bis 1,83 der Kosten der Freileitung** betragen. Stellt man auf das Szenario "mittlere Verlustkosten" ab (mit einem Strommittelwert von 850 A, Ausgangskosten der kWh von Fr. 0.095 und einer Teuerungsrate von 1,7 %), liegen die **Gesamtkosten** der Verkabelung bei **direkter Erdverlegung nur unwesentlich höher** als diejenigen der Freileitung (Faktor 1,29). Sollten die Stromkosten in den kommenden Jahrzehnten stärker ansteigen als 1,7 % - was durchaus wahrscheinlich erscheint - könnten die Gesamtkosten der Verkabelung sogar unter denjenigen der Freileitung liegen.“*<sup>2</sup> Ebenfalls mitzuberücksichtigen sind die hohen Unterhaltskosten der Freileitungen.
- f) Insofern erstaunt die Formulierung im erläuternden Bericht auf S.20: *„Erdverkabelungen sind jedoch kostenintensiver.“* Diese Aussage ist unwissenschaftlich, veraltet und beruht höchstens noch auf überholten Ideologien.

<sup>1</sup> BGE 137 II 266 S. 273 E. 3.2.2

<sup>2</sup> BGE 137 II 266 S. 282 E. 6.7

Weiter heisst es im erläuternden Bericht:

*„Ob eine Verkabelung im Sinne eines effizienten Netzes ist, wird momentan im Einzelfall entschieden. Dies führt zu Unsicherheiten und die Sicherheit hinsichtlich der Kostenanrechenbarkeit wird nicht erreicht, da diese erst ex post durch den Regulator festgelegt wird.“*

Das Gesetz schafft mit dem Antrag auf diese Weise Rechtsicherheit und eine klare Richtlinie. Mit dem Begriff „grundsätzlich“ lässt es Raum für die Einzelfallabwägung, sofern dies notwendig ist. Im Entwurf wurde zudem völlig vergessen, dass energieeffiziente Gebäude und PlusEnergieBauten im Durchschnitt **80% weniger Energieverluste** aufweisen (BR IP Wehrli 10.3873). Die Gebäude benötigen 5 Mal weniger Energie (vgl. Schweiz. Solarpreis 2012-2014).

## 2. Art. 15d

- a) Die Vorlage zur Änderung des Elektrizitätsgesetzes sieht unter Art. 15d eine starke Aufweichung des Artikels 5 NHG vor, die wir wie folgt unterstützen möchten:

*„1 Die Versorgung mit elektrischer Energie ist von nationalem Interesse.*

*2 Die Anlagen des Übertragungsnetzes sind, **sofern verkabelt** von einem nationalen Interesse, das insbesondere demjenigen nach Artikel 6 Absatz 2 des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz (NHG) entspricht.*

*3 Der Bundesrat kann einzelnen Anlagen von **verkabelten** Verteilnetzen mit hoher Spannung ebenfalls nationales Interesse beimessen, wenn sie für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit von einzelnen Landesteilen oder von national bedeutenden Infrastrukturen zwingend erforderlich sind oder Produktionsanlagen anschliessen, die ihrerseits von nationalem Interesse sind.*

*4 Hat die Genehmigungsbehörde nach Artikel 16 Absatz 2 über die Bewilligung des Baus, der Erweiterung oder Erneuerung einer Anlage nach Absatz 2 oder 3 zu entscheiden, so ist das nationale Interesse an der Realisierung dieser Vorhaben bei der Interessenabwägung als **grundsätzlich gleichrangig** zu betrachten mit anderen nationalen Interessen. Bei einem Objekt in einem Inventar nach Artikel 5 NHG darf ein Abweichen von der ungeschmälernten Erhaltung in Erwägung gezogen werden.“*

- b) Die SGS akzeptiert ein nationales Interesse für verkabelte Leitungen, lehnt aber ein nationales Interesse für *neue* Freileitungen ab. Ein nationales Interesse kann nur Erdverkabelungen zugestanden werden. Dass wie in Abs. 4 vorgeschlagen, ohne jegliche Vorabprüfung, das nationale Interesse für Stark- und Schwachstromanlagen gegenüber dem nationalen Interesse nach Artikel 5 NHG grundsätzlich als gleichrangig zu betrachten ist, erachtet die SGS als „Heimatschutz“ für eine unökonomische und überholte Technologie. Sie ist angesichts der beschlossenen Energiewende unverantwortlich. Nur eine umfassende Prüfung der **Gesamtkosten** für die **Erstellung und den Betrieb** kann der Gewichtung der **nationalen Interessen** im Einzelfall gerecht werden. Das Bundesgericht hält dazu in seinem Entscheid (BGE 137 II 266 S. 276-277) fest: *„Werden Kabelanlagen aufgrund technischer Fortschritte leistungsfähiger, zuverlässiger und kostengünstiger, so mindert dies das Gewicht der gegen eine (Teil)Verkabelung sprechenden Gründe. Dies kann dazu führen, dass das Interesse an der ungeschmälernten Erhaltung einer Landschaft von mittlerer bzw. nur lokaler Bedeutung im Einzelfall überwiegen kann. In diesem Zusammenhang ist auch die zunehmende **Verbauung des Schweizer Mittellandes** zu berücksichtigen, mit der Folge, dass unbeeinträchtigte Landschaften immer seltener werden und das Interesse an ihrer Erhaltung zunimmt. Insofern waren die in den Gutachten Brakelmann I und II aufgezeigten neuen technischen Möglichkeiten der Verkabelung und die Kostenvergleiche mit der Freileitung für die Interessenabwägung relevant, auch - und gerade - wenn es um den Schutz einer Landschaft von "nur" mittlerer Bedeutung ging.“*
- c) Wenn die Interessenabwägung schon im Vorneherein zugunsten der Stark- und Schwachstromanlagen ausfällt, wird die Vernehmlassung und jede Diskussion darüber sinnlos. Deshalb ist dieser Passus im erläuternden Bericht (S.48-49) ersatzlos zu streichen:

~~„Mit Absatz 2 gelten die Anlagen der Netzebene 1 von Gesetzes wegen als im nationalen Interesse stehend. Den gleichen Status haben die Übertragungsleitungen der SBB. Diesen Anlagen kommt somit ein gleich oder höherwertiges Interesse im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 NHG zu. Hierbei ist vor allem an nationale Interessen im Umwelt- und Kulturbereich zu denken (z.B. Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN)76, Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz und Inventar der historischen Verkehrswege der Schweiz).“~~

Mit solchen Vorschlägen werden die Anliegen sowie Sinn und Zweck des BLN-Inventar ad absurdum geführt. Der Nutzen des BLN-Inventars wird damit aufgehoben. Das Gesetz soll endlich den **Grundsatz der Verkabelung** ohne Wenn und Aber festlegen. Ausnahmen davon sind nur im Einzelfall und sofern technisch unmöglich, zu gestatten. Sonst wird der für die Energiewende dringend notwendige Ausbau der Mittel- und Niederspannungsebene zum Vornherein sabotiert (vgl. Abb. 1-3).

### 3. Art. 16g Abs. 2

Die Kommissionen nach Artikel 25 NHG reichen ihre Gutachten innert dreier Monate nach der Aufforderung durch die Genehmigungsbehörde bei dieser ein.

- a) Die SGS hat vollstes Verständnis dafür, dass das Verfahren beschleunigt werden soll. Das gewählte Vorgehen lässt uns bezüglich des beschleunigten Verfahrens zweifeln. Im erläuternden Bericht wird dazu auf Seite 39 festgehalten: „Mit Art. 16g Absatz 2 (neu) EleG wird neu eine Frist von drei Monaten für die Kommissionen nach Artikel 25 NHG (hauptsächlich die ENHK) eingeführt um ihre Gutachten einzureichen. Diese Gutachten liegen heute bisweilen lange nicht vor, nicht zuletzt aufgrund mangelnder personeller Ressourcen. Auch diese Massnahme soll zu einer Beschleunigung der Verfahren beitragen.“
- b) Wenn, wie im erläuternden Bericht festgehalten, einer der Gründe für die lange Erstellungszeit der Gutachten der ENHK mangelnde personelle Ressourcen ist, erscheint es uns geradezu naiv, davon auszugehen, dass eine gesetzlich geregelte Frist von 3 Monaten die Dinge beschleunigen könnte. Dieses Vorgehen ergibt nur dann Sinn, wenn auch die personellen Ressourcen der ENHK gleichzeitig aufgestockt werden. Ansonsten muss dieses Vorgehen als Alibiübung angesehen werden, die durchaus gefährliche Folgen haben kann, weil dadurch die Arbeit der ENHK negativ beeinträchtigt werden könnte.
- c) **Antrag 2: Streichung des Art. 16g Abs. 2.** Eventualiter Beibehaltung des Art. 16g Abs. 2 unter der Voraussetzung, dass gleichzeitig der ENHK **genügend personelle Ressourcen** zur Verfügung gestellt werden.

Wenn sich die interessierten Kreise auch dem Antrag 1 (B.1 lit. d oben) anschliessen und ihn unterstützen, erweisen sich bestimmt etwa 90% der Verfahren als problemlos und erledigt, weil praktisch niemand, abgesehen von ev. stark betroffenen Eigentümern, etwas dagegen einzuwenden haben wird.

### 4. Art. 17a

**1** Das BFE kann verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen.

**2** Die verwaltungsexternen Personen können alle verfahrensleitenden Anordnungen treffen, soweit diese nicht selbständig anfechtbar sind.

Diese Bestimmung ist aus ordnungspolitischer Sicht **abzulehnen**. Sie öffnet das Tor für Korruption und Vetternwirtschaft. Besonders bei solch schwierigen und heiklen Aufgaben wie einem Plangenehmigungsverfahren erachten wir es als nicht zielführend, wenn dieses einfach an externe Auftragnehmer ausgelagert werden kann. Diese verantwortungsvolle Aufgabe muss vom zuständigen

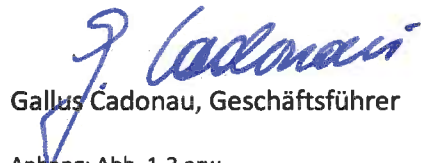
Bundesamt erledigt werden. Es handelt sich hier klar um eine **Aufgabe der öffentlichen Hand**. Nur sie bietet Gewähr für Unparteilichkeit für ein faires Verfahren und gegen Vetternwirtschaft.

Mit der **Umsetzung** unseres oben erwähnten **Antrages Nr. 1** erübrigen sich ohnehin etwa **90% der Verfahren**. Damit kann auch ein Beitrag gegen eine ausufernde Bürokratie und für die dringend notwendigen dezentralen Einsparbedürfnisse der Energiewende und insb. für die landwirtschaftliche Stromproduktion geleistet werden. Diese Netzstrategie liegt im öffentlichen Interesse, wie Abb. 3 klar zeigt und nicht die staatliche Privilegierung längst überholter Technologien.

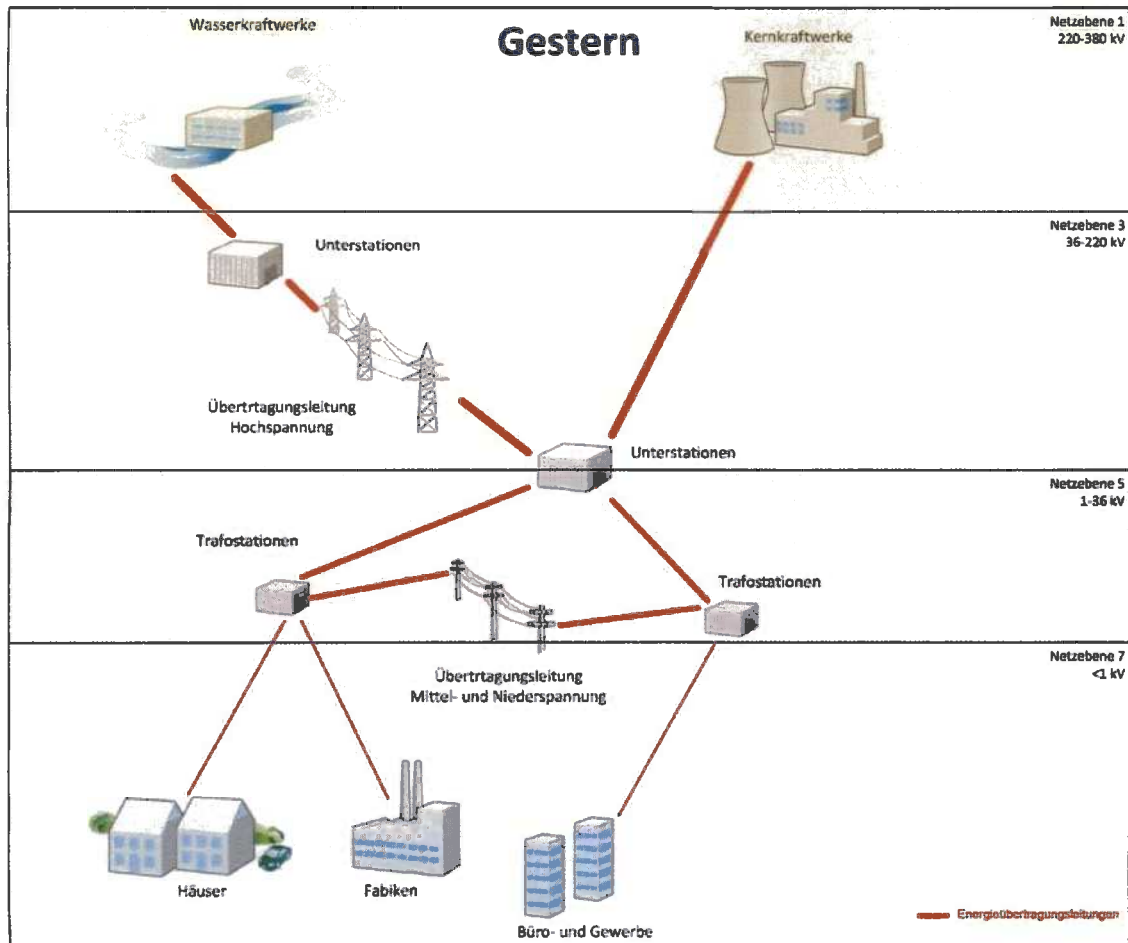
**Antrag 3: Streichung des Artikels 17a.**

Mit freundlichen Grüßen

Für die Schweizerische Greina-Stiftung

  
Gallus Cadonau, Geschäftsführer

Anhang: Abb. 1-3 erw.

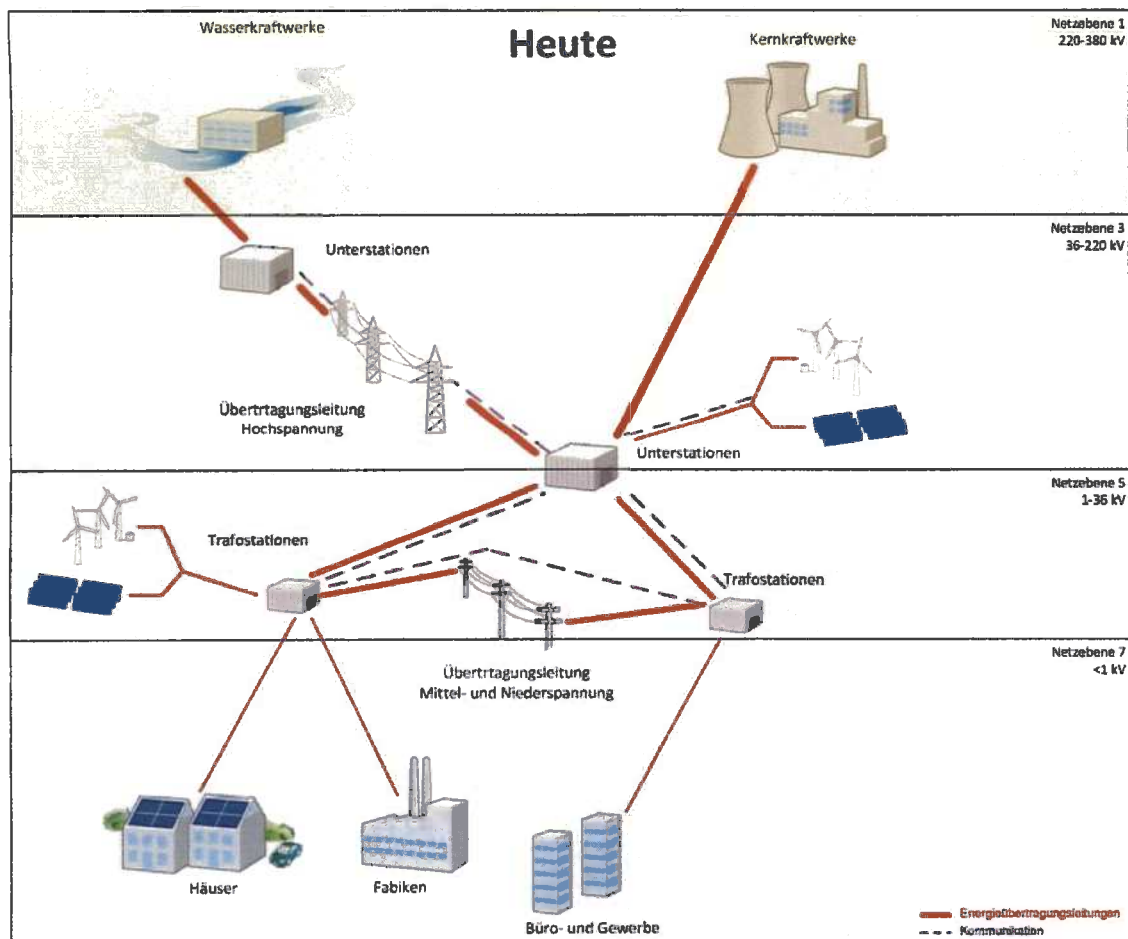


Fachreferat Sonne Bewegt  
Fluch oder Segen - gestern

28. Februar 2015

Tschanz Roman

Abbildung 1: Veraltetes Stromnetz



Fachreferat Sonne Bewegt  
Fluch oder Segen - heute

28. Februar 2015

Tschanz Roman

Abbildung 2: Übergang



Wasserkraftwerke

# Morgen

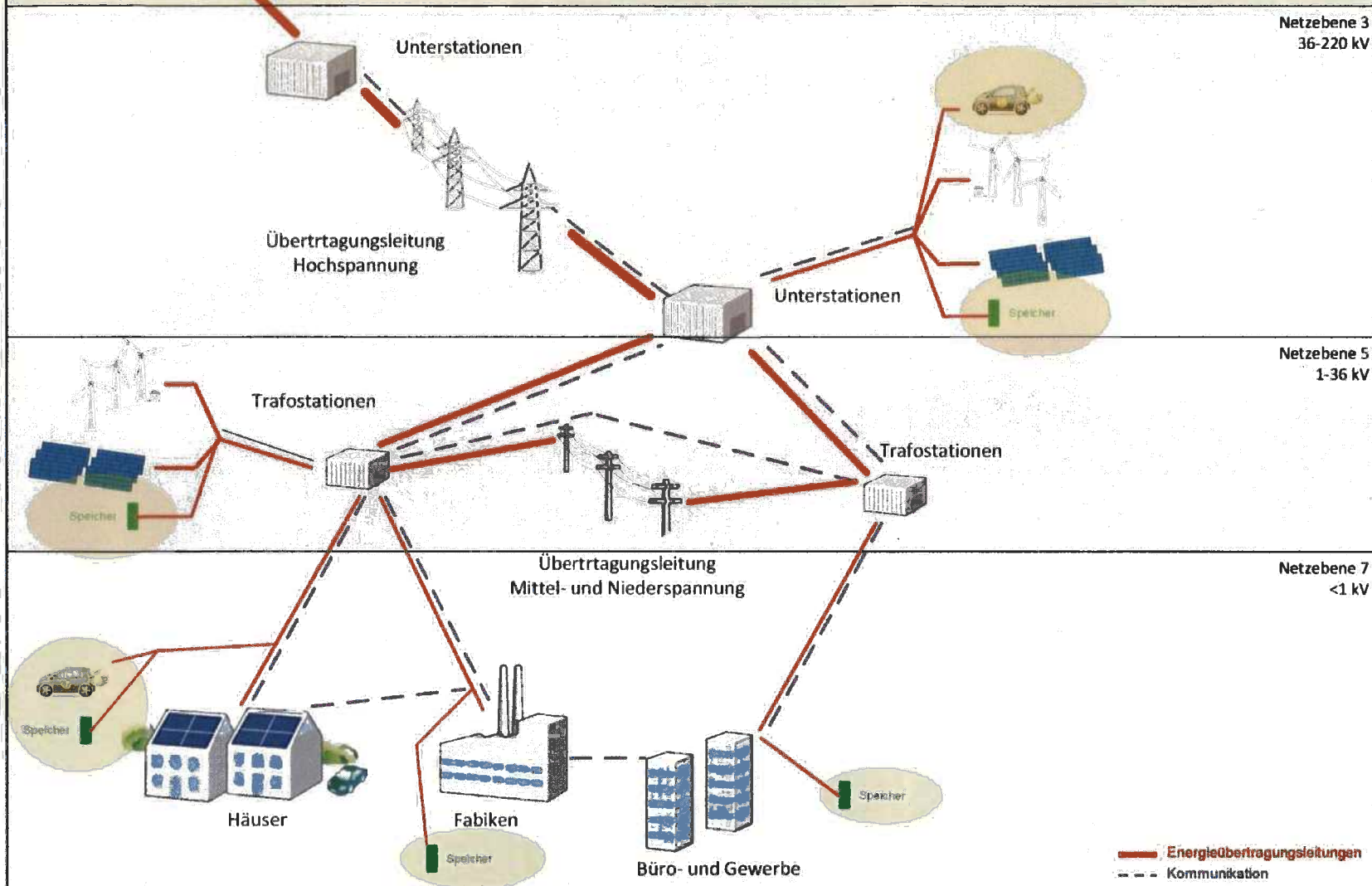
Keine AKW, aber mehr Stromproduktionsstandorte, die Einspeiseverbindungen benötigen: Der Mittelspannungsausbau ist dringend notwendig für die Energiewende, für Wohn- und Geschäftsbauten, KMU und landwirtschaftliche Betriebe.

Netzebene 1  
220-380 kV

Netzebene 3  
36-220 kV

Netzebene 5  
1-36 kV

Netzebene 7  
<1 kV



Fachreferat Sonne Bewegt  
Fluch oder Segen - morgen

28. Februar 2015

Tschanz Roman

Abbildung 3: Notwendig für Energiewende: Stromproduktionsmöglichkeit für KMU, landwirtschaftliche Betriebe, MFH und EFH nutzen!

## Strategie Stromnetze Vernehmlassungsvorlage

### Fragenkatalog

Antwortende Organisation: Schweizerische Greina-Stiftung (SGS)

#### Inhalt

|                                  |   |
|----------------------------------|---|
| Szenariorahmen.....              | 2 |
| Bedarfsermittlung.....           | 2 |
| Nationales Interesse .....       | 5 |
| Räumliche Koordination .....     | 5 |
| Bewilligung Projekte .....       | 6 |
| Überprüfung Kosteneffizienz..... | 8 |
| Öffentlichkeitsarbeit.....       | 8 |
| Geodaten .....                   | 9 |

#### Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

### Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wie in der Vorlage erwähnt, erscheint es uns wichtig, dass der Bundesrat eine frühere Überprüfung anordnen kann.

### Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:



5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind Sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Aber die lokale Netzeinspeisung der Wohn- und Geschäftsbauten, der KMU und der landwirtschaftlichen Betriebe darf nicht durch überraschende Beiträge in der Praxis verhindert werden. Solange der Stromanteil der Schweizer Stromproduktion 20% oder 12 TWh/a nicht überschreitet, dürfen grundsätzlich keine Anschlussgebühren verlangt werden.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der – Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: siehe Begleitschreiben: Die Netzebene 3 und 5 sind für die Erzeugung der einheimischen Energien mindestens so wichtig.

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPpA)

Art. 15e – 15j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies ist aus ordnungspolitischer Sicht abzulehnen. Besonders bei solch schwierigen und heiklen Aufgaben wie einem Plangenehmigungsverfahren erachten wir es als nicht zielführend, wenn dieses einfach an externe Auftragnehmer ausgelagert werden kann. Diese verantwortungsvolle Aufgabe muss vom zuständigen Bundesamt erledigt werden. In hoheitlichen/strategischen Fragen Private damit beauftragen, bedeutet Vetterwirtschaft und Korruption bewusst in Kauf nehmen.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wie aus dem Bundesgerichtsentscheid BGE 137 II 266 zu entnehmen ist, können Verkabelungen viele Vorteile (für die Energieeffizienz sowie für den Natur- und Landschaftsschutz und finanzieller Art) mit sich bringen. Daher sollte diese Option unbedingt möglich sein.

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?  
Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: In der kompletten Vorlage wird davon ausgegangen, dass eine Erdverkabelung per se teurer ist als eine Freileitung. Das ist aber **nicht** richtig! BGE 137 II 266 beweist das Gegenteil!

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?  
(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen: V.a. im Bereich der Netzebenen 3 und 5 muss die jederzeitige Abnahme der künftigen Stromüberschüsse stets gewährleistet sein.

### Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Nicht notwendig solange der Solarstromanteil geringer ist als 20% der Schweizer Stromproduktion.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

### Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: